

## Presseerklärung

26. November 2014

### Kommunale Spitzenverbände zur Schulsozialarbeit

## Land fördert Schulsozialarbeit – wichtige Hilfe für Kinder und Jugendliche aus bedürftigen Familien

Die kommunalen Spitzenverbände begrüßen die heutige Zusage des Landes, sich für die kommenden drei Jahre an der Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit zu beteiligen und dafür jährlich 48 Millionen Euro bereit zu stellen. Mit diesem Betrag übernimmt das Land durchschnittlich rund 70 Prozent der landesweit bei den Kommunen für Schulsozialarbeit anfallenden Kosten und erleichtert gemeinsam mit Städten, Kreisen und Gemeinden für Kinder und Jugendliche aus bedürftigen Familien den Zugang zu Bildung und die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben, erklärten die Repräsentanten der kommunalen Spitzenverbände, Oberbürgermeister Peter Jung (Vorsitzender Städtetag NRW), Landrat Dr. Arnim Brux (1. Vizepräsident Landkreistag NRW) und Bürgermeister Dr. Eckhard Ruthemeyer (Präsident Städte- und Gemeindebund NRW).

**„Es ist gut und wichtig, dass das Land nun die Forderungen der Kommunen aufgreift, die Beschäftigung der Schulsozialarbeiter, die bisher aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes finanziert worden sind, für die nächsten 3 Jahre mit 48 Millionen Euro in einem deutlichen Umfang zu unterstützen. Und es ist zu begrüßen, dass die finanziell schwächeren Stärkungspaktkommunen bzw. Nothaushaltskommunen einen geringeren Eigenanteil beisteuern müssen. Denn die Schulsozialarbeit leistet einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der sozialen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler aus armen Familien. Sie unterstützt diese Kinder und Jugendlichen bei wichtigen Übergängen von der Grundschule in die weiterführende Schule oder von der**

**Schule in den Beruf. Außerdem bietet sie in Problemsituationen wichtige Einzelfallhilfen für Eltern und ihre Kinder und stellt den Kontakt zu Fördernetzwerken her.“**

Als Schritt in die richtige Richtung bewerten die kommunalen Spitzenverbände außerdem die vom Land in Aussicht gestellte erhöhte Förderung der Offenen Ganztagschulen. Mit diesem Einstieg in eine Dynamisierung der Landesförderung entspricht das Land einer langjährigen Forderung der kommunalen Spitzenverbände und freien Träger. Aus Sicht der kommunalen Spitzenverbände muss dabei durch das Land noch sichergestellt werden, dass auch Kommunen mit schwieriger Haushaltslage diesen Weg mitgehen können.

Kontakt:

Städtetag NRW, Pressesprecher Volker Bästlein, Tel. 0221/3771-270

Landkreistag NRW, Pressesprecherin Kirsten Rügenbrink, Tel. 0211/300491-210

Städte- und Gemeindebund NRW, Pressesprecher Martin Lehrer M.A., Tel. 0211/4587-230